Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14348**

19. Wahlperiode 23.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Roman Reusch, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Petr Bystron, Dr. Gottfried Curio, Siegbert Droese, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Mariana Harder-Kühnel, Dr. Götz Frömming, Kay Gottschalk, Dr. Roland Hartwig, Dr. Heiko Heßenkemper, Dr. Bruno Hollnagel, Johannes Huber, Norbert Kleinwächter, Enrico Komning, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Frank Magnitz, Jens Maier, Andreas Mrosek, Volker Münz, Ulrich Oehme, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Dr. Robby Schlund, Martin Sichert, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Gedenktag für die Opfer der politischen Verfolgung während der SED-Diktatur

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Die Gesetze konnten jederzeit suspendiert oder in die gewünschte Richtung verbogen werden, um Menschen einzusperren, sie einer Zwangsmaßnahme zu unterziehen oder auf vielfältige andere Weise zu drangsalieren und zu schikanieren, wenn dies den Machthabern in der SED-Diktatur zur Erreichung des sozialistischen Ziels angebracht erschien. Die politische Verfolgung in der DDR kennt daher viele Opfer, angefangen bei den Opfern einer politischen Strafjustiz über die Opfer staatlich angeordneter Enteignungen, Vertreibungen und Zwangsadoptionen bis hin zu den Kindern und Jugendlichen, deren Persönlichkeit durch Einweisung in Spezial- und Durchgangsheime sowie in die berüchtigten Jugendarbeitslager gezielt gebrochen werden sollte. Diverse Gesetze dienen der zivilrechtlichen Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der politischen Verfolgung in der DDR. Rehabilitierung und Entschädigung sind wichtig. Der Deutsche Bundestag ist sich bewusst, dass die Rehabilitierungsgesetze an vielen Stellen nachgebessert werden müssen, um die rechtliche Aufarbeitung des Unrechts zu erleichtern. 30 Jahre nach dem Mauerfall und der friedlichen Revolution in der DDR ist es aber auch an der Zeit, den Opfern der politischen Verfolgung durch die sozialistische Diktatur in der DDR im Rahmen eines bundesweiten Gedenktags würdig zu gedenken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gedenktag für die Opfer der politischen Verfolgung in der DDR auszurufen, wobei das Datum des Gedenktags nach Beratung mit Opfervertretern und einer gesellschaftlichen Debatte festgelegt werden soll.

Berlin, den 11. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.